

PRESSESTIMMEN

STRAFEN FÜR IMPF-SCHWÄNZER?

DER NEUE TAG

„Egoistisch“ Gestern wurde noch geschimpft über die unfähige Politik und ihre schleppende Impfkampagne, heute wird in den Urlaub gefahren, ohne sich weiter um den bereits vereinbarten Impftermin zu scheren. Da möchte man schon fragen: Was ist eigentlich los mit euch, Leute? Ist es wirklich zu viel verlangt, einen Termin abzusagen, damit andere ihn wahrnehmen können? Sorry, aber wer sich so verhält, braucht sich nie wieder über Lockdowns zu beschweren. Wer sich so verhält, handelt zutiefst egoistisch.

Der Neue Tag, Weiden/Opf.

Straubinger Tagblatt

„Genug zu tun“ Die Behörden haben mit dem Coronavirus wirklich genug zu tun. Da sollte man sie nicht auch noch geplätzte Impftermine prüfen und Rechnungen oder Bußgeldbescheide ausstellen lassen.

Straubinger Tagblatt, Deutschland

KALENDERBLATT



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

6. Juli

2011: Der jahrzehntelange Streit über die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in Kärntner Gemeinden ist offiziell beigelegt. Der Nationalrat bestimmt fast einstimmig das neue Volksgruppengesetz. Damit wird nicht nur die Aufstellung von 164 Tafeln fixiert, sondern auch die zweite Amtssprache.

2016: Der südafrikanische Ex-Sprinter Oscar Pistorius wird wegen der tödlichen Schüsse auf seine Freundin in zweiter Instanz zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Geburtstag: Sylvester Stallone, US-Schauspieler (*1946)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 7 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Warteschlange

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

DONALD FRANCISZEK TUSK

Zurück auf Polens Polit-Bühne

VON CLEMENS SCHUHMAN

Es ist eine Rückkehr, die logisch ist: Donald Tusk, der sich zwischen 2014 und 2019 als EU-Ratspräsident in zahlreichen Krisen auf internationalem Parkett bewährt hat (Migration über die griechische Finanzkrise bis hin zu den Brexit-Verhandlungen), kehrt zurück auf die politische Bühne in seinem Heimatland Polen. Der 64-Jährige hat am Wochenende erneut die Führung der oppositionellen „Bürgerplattform“ (PO) übernommen – mit dem Ziel, bei der nächsten Parlamentswahl 2023 die rechtskonservative Regierung abzulösen.

Das wird Tusk zu 100 Prozent fordern, daher wird der verheiratete Vater zweier erwachsener Kinder auch den Vorsitz der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) aufgeben. „Ich will mich voll in die polnischen Angelegenheiten einbringen“, betonte der studierte Historiker. Der leidenschaftliche Fußballfan muss dabei gleich an mehreren Fronten kämpfen. Er muss die Opposition einen, die liberale Bürgerplattform PO, die derzeit in Umfragen nur auf 16 Prozent kommt, nach vorne bringen und an seinen persönlichen Sympathiewerten arbeiten: Viele Polen nehmen ihm immer noch übel, dass er in seiner Zeit als Premier (2007 bis 2014) das Pensionsantrittsalter hinaufsetzte. Auch eine Abhöraffaire schadete ihm.

Und dann muss er der aktuellen Regierungspartei PiS, in der Jaroslaw Kacynsky den Ton angibt, Paroli bieten. Damit hat Tusk bereits am Wochenende begonnen: „Heute regiert das Böse in Polen“, sagte er. „Und wenn du das Böse siehst, bekämpfe es und frage nicht nach weiteren Gründen.“ Die PiS habe



Tusk will wieder Regierungschef werden. Foto: AFP

Streit mit der EU, mit Deutschland und selbst mit Tschechien angefangen und durch ihre „idiotische politische Investition“ in den früheren Präsidenten Donald Trump das Land von der heutigen US-Regierung entfremdet.

Das Kämpfen hat Tusk, der mit seiner Familie in Sopot nahe Danzig lebt, bereits in seiner Jugend gelernt. Als Student hat er sich in der anti-kommunistischen Oppositionsbewegung engagiert. Nach der Ausrufung des Kriegsrechts 1981 war er sogar mehrere Jahre mit einem Berufsverbot belegt gewesen.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



Das Problem mit der Leistungsgesellschaft

Die Reaktionen waren zum Teil so stereotyp wie vorhersehbar. Als Arbeitsminister Martin Kocher zu Wochenbeginn kundtat, der Druck auf Arbeitslose, einen Job anzunehmen, müsse erhöht werden, wurden ihm gleich soziale Kälte und ein starker Hang zum bösen Liberalismus nachgesagt. Gleichzeitig wurden wieder Stimmen lauter, man solle die Arbeitslosen endlich aus der sozialen Hängematte schälen. Eine differenzierte Betrachtungsweise bleibt da leicht auf der Strecke.

Was sind die Fakten? Die Arbeitslosigkeit sinkt schneller als erwartet. Besonders in Oberösterreich, wo es fast so viele offene Stellen wie Arbeitslose gibt. Dazu gibt es Klagen von Betrieben, etliche vom AMS vermittelte Arbeitslose hätten kein Interesse daran, die offenen Jobs anzunehmen. Diese beharren zwar auf



Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung des Arbeitsmarkts

ihrem Recht auf Leistungen aus dem AMS- und Sozialtopf. Zu einer eigenen Leistung sind sie dagegen nicht bereit. Die Pandemie hat die Leistungsbereitschaft nicht erhöht.

Faktum ist aber auch, dass mehr als ein Drittel der Betroffenen schon länger als ein Jahr arbeitslos ist. Das sind zum Teil Menschen, die gerne arbeiten würden, aber nicht können, weil sie einfach nicht in der Lage dazu sind oder weil sie schlichtweg niemand nimmt. Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Stigma. Diese Gruppe muss besonders unterstützt werden.

Die große Frage ist nun, wie man von einer differenzierten Betrachtung der Statistik zu einer Handlungsweise findet, die eines Sozialstaats würdig ist und ein Ausnutzen desselben verringert. Denn Letzteres ist kein Menschenrecht, sondern eine Straftat.

Eine nähere Betrachtung verdient die Höhe von KV-Gehältern und Arbeitslosengeld. Wenn Letzteres plus eine mehr oder weniger legale Nebenbeschäftigung mehr Nettoeinkommen versprechen als ein Job, stimmt etwas nicht. Entweder der Job ist zu schlecht bezahlt und/oder das Arbeitslosengeld zu hoch. Über ein degressives Arbeitslosengeld, das bei 80 Prozent vom Letztgehalt anfängt und dann weniger wird, wie es auch in Staaten praktiziert wird, die nicht des Turbokapitalismus verdächtig sind, kann man genauso diskutieren wie über eine Anhebung der Mindestlöhne, die in manchen Bereichen beschämend niedrig und nicht leistungsgerecht sind.

✉ d.mascher@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA

Oberösterreichische Einhörner

Die Freude über die aktuellen positiven Konjunkturzahlen sollte den Blick für den extrem dynamischen Innovationswettbewerb nicht trüben, dem der Standort (Ober-)Österreich ausgesetzt ist. Es geht um die Arbeitsplätze von morgen (und heute), die eng mit der Ansiedlung von „Einhörnern“ verbunden sind.

Als Einhorn bezeichnet man in der Unternehmenswelt junge neugegründete Firmen, deren Wert eine Milliarde erreicht. Dabei handelt es sich um Firmen, welche eine technologische Innovation clever in ein Produkt oder eine Dienstleistung verpacken und digital weit

über die Grenzen des heimischen Marktes hinaus verkaufen.

Die USA sind in dieser Hinsicht seit rund 40 Jahren führend, weshalb der Blick über den Atlantik hilft, die Erfolgsfaktoren zu erkennen. Von denen gibt es sicherlich viele, ein Aspekt wird aber immer hervorgehoben: Die USA setzt auf Risikokapitalgeber.

Eine Hauptquelle dieser Finanzierung sind zum Beispiel US-Pensionsfonds, die bis zu zehn Prozent ihrer Mittel breit diversifiziert in solchen Start-up-Firmen investieren dürfen.

Dank dem pensionsfinanzierten Risikokapital sind viele der be-

kanntesten Technologiegiganten der Welt entstanden. Risikokapital sorgt in den USA für einen sehr hohen Anteil der neu geschaffenen Arbeitsplätze und die Rentenbezieher profitieren auch noch von der Wertsteigerung der Aktien in den Portfolios der Fonds.

In Europa etabliert sich inzwischen auch eine immer wichtigere Risikokapitalbranche, wobei Österreich droht, den Anschluss zu verlieren. Für den Innovationstransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft wäre dies alles andere als vorteilhaft.

Wenn es also nach überstandener Corona-Krise um die vielzitie-

ten wichtigen neuen Arbeitsplätze geht, sollte Österreich als attraktivem Standort für Risikokapital mehr politische Beachtung geschenkt werden. Arbeitsplätze, die dank Risikokapital des privaten Sektors entstehen, sind sicherlich nachhaltiger als vom Staat subventionierte.

Als besondere Chance für Oberösterreich könnte sich der Umstand erweisen, dass nicht fern von hier in den vergangenen Jahren ein pulsierendes neues Mekka für Risikokapital und Techunternehmen entstanden ist: die bayerische Hauptstadt München. Diese Risikokapitalgeber für die Mitfinanzie-

rung einer Herde von oberösterreichischen Einhörnern zu nutzen, könnte strategisch vielversprechend sein. Das Know-how und vor allem die Mentalität dieser Investoren können den Unterschied machen.

Groß denken lautet häufig das Motto, denn das Ziel ist eben das Einhorn und nicht das Eichhörnchen. Dem großen Potential des hiesigen Innovationsstandorts würde diese Art des Denkens möglicherweise sogar mehr nutzen als die auch wichtigen Geldmittel.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der JKU.